

Fragekatalog Wiener Tierschutzverein

Antworten der KPÖ

Frage 1: ja

Anmerkungen: Die KPÖ führt dort, wo sie zu Tierschutzfragen Stellung bezieht, keinen Mitleids-, sondern einen Gerechtigkeitsdiskurs. Es geht nicht um mitleidig betrachtete Geschöpfe, sondern um Lebewesen, die wie Menschen Schmerz empfinden können und mehr oder weniger bewusst Ansprüche an ihr Leben stellen, um es als ein gutes Leben empfinden zu können. Aus diesem Grund sind Tiere ihrer selbst Willen schützenswert.

Die KPÖ befürwortet auch die Verankerung von Tierschutz in der Verfassung. Das wäre ein notwendiger Schritt, um Tierschutz endlich im Rechtssystem den hohen Stellenwert zuzuerkennen, den er im moralischen Empfinden der meisten BürgerInnen bereits hat. Es wäre aber kein Schritt, der die engagierte Tierrechts- und Tierschutzarbeit hinfällig machen würde, den die politischen Eliten haben nur zu oft demonstriert, dass sie Verfassungsrecht negieren, wenn es ihnen nicht genehm ist (Beispiel: Verfassungsrecht Neutralität versus neutralitätswidrige Militarisierung).

Frage 2: ja

Anmerkungen: Tierversuche, die nicht der medizinischen Forschung dienen, müssen in der gesamten EU verboten werden. Tierversuche für Tierfuttermittel sind nicht nur makaber, sondern auch völlig überflüssig. Tierversuche für Kosmetika sind untragbar, sie stellen menschliche Eitelkeit über das Leid von Tieren, während den Tierversuchen zu militärischen Zwecken früher oder später auch Menschen zum Opfer fallen.

Aber auch im medizinischen Wissenschaftsbereich gilt es zu evaluieren, ob der zu erwartende Wissensgewinn überhaupt in einem vernünftigen, ethisch vertretbaren Verhältnis zu dem produzierten Tierleid steht. Daher sind auch pharmazeutische Neuentwicklungen, die sich nur am wirtschaftlichen Gewinn orientieren und die keine therapeutischen Notwendigkeiten erkennen lassen, keine, die Tierversuche rechtfertigen können. Tiere dürfen auch nicht unter dem Deckmantel der medizinischen Forschung Opfer der kapitalistischen Profitlogik werden.

Die KPÖ begrüßt im Bereich der Medizin den Umstieg auf alternative Testmethoden. Dieser Umstieg muss auch dann gemacht werden, wenn die erhoffte ökonomische Rentabilität dieser Methoden, was sich nicht abzeichnet, ausbleiben sollte. Tierschutz darf Geld kosten.

Auch Versuche an zuvor getöteten Tieren sollen als Tierversuche angesehen werden und somit einer behördlichen Bewilligung bedürfen.

Für eine Erfassung aller Tierversuchsdaten, um Doppel- und Mehrfachtierversuche zu vermeiden, setzt sich die KPÖ alleine schon deshalb ein, weil sie für freies Wissen, also gegen sogenannte „geistige Eigentumsrechte“ ist.

Frage 3: weiß nicht

Anmerkungen: Es gibt gute Gründe, warum Tierschutzorganisationen ein Verbot des betäubungslosen Schlachtens unabhängig von den Beweggründen (z.B. religiöse Überzeugung) fordern. Die Tiere leiden unter starken Schmerzen, quälender Atemnot und Todesangst. Ob eine Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung zwingend betäubungsloses Schächten verbieten würde, kann, da es sich um eine komplexe Rechtsfrage handelt, seitens der KPÖ nicht beantwortet werden.

Frage 4: ja

Anmerkungen: Obwohl die bestehenden gesetzlichen Regelungen ein Verbot nahelegen, wird unter der Berufung auf Brauchtum, das Fangen mit Netzfallen und das anschließende Ausstellen der Singvögel,

denen Schaden zugefügt wird, fortgesetzt. Daher spricht sich auch die KPÖ für ein explizites Singvogelfangverbot aus.

Frage 5: ja

Anmerkungen: Töten darf kein Hobby sein. Daher tritt die KPÖ für die Abschaffung der Trophäenjagd, die auch ökologisch verwerflich ist, ein. „Hege“, d.h. Mastfütterungen, um für Hobbyjäger(Innen) genügend lebende Zielscheiben zu haben, ist sowohl für die Artenvielfalt als auch für den Lebensraum Wald abträglich. Ein bundeseinheitliches Jagdgesetz wäre auch die Chance, die Jagdausbildung zu verbessern und mit den Treibjagden – mit kurz vor der Jagd ausgesetzten Tieren – endlich Schluss zu machen.

Frage 6: ja

Anmerkungen: Prinzipiell muss man sich von der Vorstellung lösen, dass Fleischproduktion gänzlich ohne Tierleid möglich ist. Die ökologisch bedenkliche, weil aufwendige, energieintensive Produktion von tierischen Eiweißen zu Ernährungszwecken kann jedoch mit bestialischen Mitteln (Stichwort: Tierfabriken) erfolgen oder auf einem Weg, der Fleischkonsum mit weniger Tierleid verbindet. Daher unterstützt die KPÖ jede Maßnahme, die das Leid von Nutztieren reduziert. Konkret auch die beiden von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen.

Frage 7: ja

Anmerkungen: Die Chipdaten sollen natürlich auch den Tierschutzhäusern zur Verfügung stehen.

Frage 8: ja

Anmerkungen: Die Robbenjagd ist wohl das größte Massaker an Wildtieren. Alleine in Kanada werden jährlich 325.000 Tiere hingerichtet. Das Importverbot ist folglich umgehend umzusetzen.

Frage 9: ja

Anmerkungen: Diese Tötungslager sind abzulehnen und dürfen nicht länger innerhalb der EU ein Instrument zur Kontrolle der Population von Hunden und Katzen sein. Vielmehr müssen die positiven Erfahrungen, die Tierschutzorganisationen mit ihren Projekten im Bezug auf Streunerhunden und Steuernerkatzen gemacht haben, aufgegriffen und seitens der öffentlichen Hand unterstützt werden.

Frage 10: ja

Anmerkungen: Seit Anfang 2006 besteht in Österreich ein Versuchsverbot hinsichtlich den großen Menschenaffen. Eine konsequente Weiterentwicklung dieser besonderen Stellung, die der Mensch seinen nächsten Verwandten zuschreibt, wäre es, den Menschenaffen auch grundlegende Rechte, wie das Recht auf Leben, das Recht auf Schutz der individuellen Freiheit und der Schutz vor Folter, zuzuerkennen.

Frage 11: ja

Anmerkungen: Die optimale Ausstattung der Fahrzeuge hinsichtlich Versorgung mit Wasser, guter Belüftung und ausreichend Platz sollte Voraussetzung für jeden Transport sein und nicht dazu führen, dass die Transportzeit ausgedehnt werden dürfen. Aber neben der faktischen Beschränkung auf acht Stunden ist es auch notwendig, dass der Ausbau von Labestationen und regionale Schlachthöfe forciert wird.

Frage 12:

Anmerkungen: Die KPÖ hat sich zu dieser Frage noch nicht positioniert. Folglich kann ich hier nur meine persönliche Haltung wiedergeben. Tiere haben Würde und ein Leben in Gefangenschaft ist

würdelos. Für Artenschutz und Forschung braucht es entgegen den häufigen Beteuerungen keine Zoos. Beides ist auch ohne der Zurschaustellung von Tieren möglich, die aufgrund der Gefangenschaft häufig Verhaltensstörungen zeigen. Auf der anderen Seite sind Tierparks – vor allem für Kinder – nicht selten auch Orte der Sensibilisierung für Tierschutz.

Frage 13: ja

Anmerkungen: Die KPÖ hat sich umgehend nach Bekanntwerden der Verhaftung mit den betroffenen TierschützerInnen solidarisiert und nimmt nach wie vor gegen diesen brutalen staatlichen Willkürakt, der offensichtlich engagierte Tierschutzarbeit kriminalisieren will, Stellung. Dieser Angriff auf den Rechtsstaat ist weit über den AktivistInnenkreis der Tierschutzbewegung hinaus von Bedeutung und für die Arbeit der KPÖ, deren GenossInnen selbst in vielen unterschiedlichen Bewegungen aktiv sind, von unmittelbarer Relevanz. Denn dieser Schlag gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit soll widerständigen, politischen Aktionismus verunmöglichen, soll also Demokratie einschränken. Kurzum: der umstrittene § 278a StGB darf auf NGOs und die neuen sozialen Bewegungen nicht angewendet werden.
